

Jusos begrüßen die Cannabis-Entkriminalisierung.

Pressemitteilung (pm)

1. März 2024

Die Ablehnung des neuen Cannabis-Gesetzes durch die CDU-Bundestagsabgeordnete Maria-Lena Weiss hat unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Weiss äußerte Bedenken über den zusätzlichen Arbeitsaufwand für die Justiz, der durch die geplante Rückwirkung des Gesetzes entstehen könnte. Die Jusos im Kreis Rottweil nehmen dazu Stellung und betonen ihre Unterstützung für das neue Gesetz.

Kreis Rottweil. Maria-Lena Weiss äußerte sich besorgt über die Entscheidung des Bundestages zur Legalisierung von Cannabis. In einem Statement sagte sie: „Die Ampel handelt grob verantwortungslos und geht gegen den einhelligen Expertenrat von Ärzten, Lehrerverbänden, Psychologen, Neurologen, Polizisten und der Justiz vor.“ Weiss hebt dabei besonders den möglichen zusätzlichen Arbeitsaufwand für die Justiz hervor, der durch die geplante Rückwirkung des Gesetzes entstehen könnte.

Der Kreisvorsitzende der Jusos im Kreis Rottweil, Ali Zarabi, kontert diese Bedenken und betont die Notwendigkeit der Entkriminalisierung: „Die Entkriminalisierung soll gerade von Enttabuisierung und Aufklärung flankiert sein, um Jugendliche besser zu schützen. Jugendschutz ist in vielen Bereichen ein berechtigtes Argument. Die Entkriminalisierung von Besitz und Konsum von Cannabis im rechtlichen Rahmen ist ein großer Schritt der Ampelregierung und ein Signal, dass man sein Wort hält. Die Jusos im Kreis Rottweil halten diese Entscheidung für angemessen und richtig.“

Zarabi sieht in der Entscheidung von Maria-Lena Weiss ein Signal dafür, dass die CDU den Bedürfnissen der Jugendlichen nicht gerecht werden möchte und sich von der Realität entfernt. Er betont weiter, dass die Sorge vor zusätzlichem Arbeitsaufwand für die Justiz kein Grund sein sollte, das Gesetz abzulehnen, da dieses den Konsumenten vor unreinem und schädlichem Cannabis schützen soll. Und die Justiz hat nur zeitlich begrenzt einen Mehraufwand, langfristig jedoch eine Entlastung. Die Jusos im Kreis Rottweil setzen sich somit für den Schutz und die Gesundheit der Konsumenten ein und begrüßen die Entscheidung der Ampelregierung.